

zum Haushalt 2018/19

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren !

Als Sie Herr Bürgermeister am 10.Okt. den Haushalt eingebracht haben, haben Sie - wohl auch noch unter dem Eindruck des Wahlergebnisses - auf die politische Großwetterlage verwiesen und Zweifel geäußert, daß die neue Bundesregierung bis Weihnachten steht. Heute haben wir eine ganz andere Situation, die Zweifel auch auf bessere Lösungen sind aber größer geworden.

In Ihren Ausführungen zur gesellschaftlichen Situation hatten Sie auch das 'strikte Beharren auf Eigeninteressen' angesprochen. Leider sind die politischen und wirtschaftlichen Institutionen da nicht immer Vorbild, meistens die Konzerne und die sog. 'Mächtigen der Welt' auch nicht, was sich u.a. dadurch zeigt, daß man alles versucht, keine Steuern zu zahlen, was aber einzelne - auch EU-Staaten - eben auch aus Eigeninteressen erst ermöglichen. Erlaubt ist offenbar, was nicht verboten ist,

Und - Kompromisse sind z.Zt. nicht angesagt.

Deshalb freue ich mich, daß wir hier immer wieder zusammensitzen und für das Zustandekommen von Lösungen Gespräche führen und diese nicht abbrechen und auf Maximalforderungen beharren. Die Kommunen sind eben doch eine gute Schule für die Demokratie und nebenbei auch für gute Umgangsformen.

Die Wirtschaftliche Lage ist tatsächlich besser denn je; das zeigen die Steuereinnahmen und die Arbeitslosenstatistik. Darüber kann man sich freuen und hoffen, daß das anhält - das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht alle an diesem Zuwachs an Wohlstand teilhaben.

Die Zahl der prekär Beschäftigten in allen Branchen, in flexiblen Teilzeitjobs, in befristeten Verträgen, in sogenannten Dienstleistungsbetrieben Ausgegliederten - wächst ständig. Und das ist mit Sicherheit eine der Ursachen für die Unzufriedenheit und die Wahlergebnisse.

Wegen der wirtschaftlichen Lage gibt es im Bund bis zu 30 Milliarden Spielraum.

Aber für was ?

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, Herr BM, daß das 'konkrete Leben in Städten und Gemeinden stattfindet'.

Es gibt eine Menge Aufgaben, vor allem in den Gemeinden, die bisher nicht finanziert werden können. Schulen, Kindergärten, ÖPNV, Straßen, Brücken, Schwimmbäder.

Die kommunalen Spitzenverbände sollten mehr als bisher deutlich machen, daß dieser Spielraum nicht für Steuerreduzierungen, sondern für Investitionen gebraucht wird, aber vor allem auch für Entlastung bei den Betriebskosten, für laufende Ausgaben und für sogenannte 'freiwillige Leistungen', die aber oft über die Lebensqualität entscheiden. Die Förderung alleine der Investitionen durch Bund und Land hilft nicht, wenn uns nachher die Betriebskosten über den Kopf wachsen. Das genau ist ja auch unser Problem in Plochingen.

Wir haben zwar ein umfangreiches Investitionsprogramm.

aber immer einen negativen Ergebnishaushalt, in 2018 von 1,9 Mio €. Also,

.... wir brauchen nicht die Abschaffung des Soli, sondern den Soli für die Kommunen !

und damit zu Plochingen.

ja, wir haben ja einen Doppelhaushalt ! Für uns und wohl auch die anderen Fraktionen ist das erstmal nicht so spürbar, außer daß man hier immer zwei Beträge nennen muß.

Aber schon für die Verwaltung, die jetzt die 2 Beträge ermittelt hat.

Spürbar wird das erst im Vollzug, besonders Ende nächsten Jahres, wenn neue Steuerschätzungen vorliegen. Warten wir's ab.

Wie gesagt: Auffallend ist einerseits das wohl dauerhafte negative Ergebnis im laufenden Betrieb

- das hat ja auch Herr Hanus mit dem Hinweis auf die auseinanderklaffende Schere deutlich gemacht - andererseits die hohen Investitionen.

Die dramatische Situation unseres Haushalts ist (im Haushaltsbuch) auf wenigen Seite sichtbar:

Im Finanzhaushalt (s. 263) der Finanzierungsmittelbedarf, bei den Rücklagen (s. 347) und bei der Liquidität (Anlage 8 S. 337.)

Hier wird im Finanzbericht erstmals (hingewiesen darauf hatten Sie ja schon an anderer Stelle) - aber erstmals im Haushalt sichtbar, daß die Liquidität ab 2020 negativ wird.

Während wir 2017 noch mit einem Zahlungsmittelbestand von 17,5 Mio € gestartet sind, bleiben uns Ende 2018 gerade noch 5 Mio €, dann geht's es jährlich mit ca. 4 Mio € steil bergab.

Ich glaube nicht, daß wir die Situation so einfach dem nächsten Gemeinderat übergeben bzw. überlassen können.

Insofern sind die Hilferufe der Verwaltung und teilweise die Anträge der Kollegen ja schon verständlich, andererseits beschließen wir doch immer wieder neue Ausgaben.

Und die Diskussion um die Eisenbahnstraße/Esslingerstraße, oder um das Vorkaufsrecht heute sind da nur einige Beispiele.

Im Ergebnishaushalt (der Begriff Verwaltungshaushalt trifft das immer noch besser. fallen natürlich die immer steigenden Personalkosten auf - jetzt über 11 Mio € -.

Die großen Brocken mit jeweils ca. 3,3 Mio € finden wir da bei der Inneren Verwaltung und bei der Kinderbetreuung,

wobei sogar bei der Kinderbetreuung aus dem Topf der inneren Verwaltung über die internen Verrechnungen noch was dazu kommt (ca. 1 Mio € wobei das nicht alles Personalkosten sind)

aber trotzdem nochmal ca. 1/3 der Personalkosten, die direkt 'am Kind' benötigt werden, brauchen wir noch für das drumrum, das erscheint mir viel.

Die Darstellung der steigenden Personalkosten in irgendwelchen Kurven alleine ist wenig aussagefähig.

Bei der Kinderbetreuung z.B. müßte man ehrlicherweise hier die Zuschüsse gegenrechnen, oder zumindest aufzeigen, die wir in diesem Bereich erhalten und auch die Elternbeiträge.

Uns ist schon klar, daß wir hier trotzdem einen geringen Deckungsbeitrag haben und wir legen mit jedem neuen Kindergartenplatz drauf und müßten sogar noch die Situation und Aufgaben der Schwerpunkt-Kindergärten stärker berücksichtigen.

Um das nicht mißzuverstehen: Wir freuen uns über die steigende Zahl von Kindern, und wir freuen uns auch über weitere Kindergartenplätze.

Und wir müssen vorbereitet sein, was steigende Kinderbetreuungsplätze heute für unsere Infrastruktur in der Zukunft bedeutet. Deshalb unser Antrag dazu.

Wir plädieren aber dafür, die Kosten genauer analysieren, damit wir auch Kostenstrukturen im Blick haben und sehen, wo wir was evtl. beeinflussen können.
Die gehören die internen Verrechnungen dazu.

Bei den Personalkosten in der Verwaltung müssen wir tatsächlich darauf achten, daß diese nicht weiter steigen. Da wird - zu Recht oder zu Unrecht - über Ratio-Maßnahmen gesprochen.

Lean-Management heißt das Zauberwort in der Industrie.

Wichtig ist uns, daß die Erwartungen hier nicht zu hoch geschraubt werden, und - das hatten Sie Herr Hanus ja auch betont - ,daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Analyse und Neugestaltung, Standardisierung von Arbeitsinhalten und -abläufen auch mit ihren Vorschlägen einbezogen werden und daß die Dokumentation und die Überwachung der Maßnahmen die Ratio nicht auffressen.

Natürlich muß es auch darum gehen, einfache Aufgaben nach Innen und nach außen durch Informationstechnologie, oder - wie man das heute nennt – Digitalisierung zu vereinfachen.

Ob wir das tatsächlich mit einem spürbaren Ergebnis alleine schaffen ?

Respekt für den Versuch.

Auf alle Fälle muß da erstmal viel Zeit investiert werden.

Und leider fehlen uns ja auch z.Zt. die personellen Strukturen (im Hauptamt).

Auch hier das Thema Standardisierung:

Gibt es nicht Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt ?

Sollen tatsächlich alle 1100 Gemeinden eine eigene digitale Plattform entwickeln ?

Oder gibt es Bausteine im KDRS ?

Kann nicht der Gemeinde- oder Städtetag etwas gemeinsames koordinieren und entwickeln, ggfs. mit Mitteln aus dem Landeshaushalt, wo das ja gefördert wird ?

Standardisierung auch der Berichte.

Bei den Anträgen lesen wir oft: Die Verwaltung legt einen Bericht vor ...

Da ist die Verwaltung natürlich auch immer beschäftigt.

Wir sollten gemeinsam festlegen, welche Berichte wir regelmäßig benötigen, diese standardisieren und das darüber hinausgehende kritisch prüfen.

Ich schließe da unsere Fraktion gerne mit ein.

Vor 3-4 Jahren gab es ja mal einen Hype um die Steuerung mit Kennzahlen.

Auch im Zusammenhang mit dem neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen ist uns da einiges versprochen worden. Da können wir auch nochmal anknüpfen.

Tja, und dann werden als Mittel der Personalkosteneinsparung immer lauter Auslagerungen von Dienstleistungen genannt.

Das werden wir sehr kritisch verfolgen und an anderer Stelle nochmal kommentieren.

Im Moment wird ja erstmal die Ausschreibung vorbereitet.

Insgesamt sehen wir schon, daß es einen wachsenden Aufgabenumfang gibt, da wünschen wir Ihnen Herr Bürgermeister viel Erfolg die notwendigen Stellen auch zu besetzen.

Auch z.B. bei der Flüchtlingsbetreuung. Neben den sächlichen Aufwendungen haben wir hier eine Integrationsaufgabe (Familiennachzug würde das manchmal erleichtern, vor Ort werden aber auch die Schwierigkeiten deutlich).

Wir sehen diese Integrationsaufgabe auf einem guten Weg, das können Sie aber in der Verwaltung nicht alleine schaffen.

Beim Spatenstich für das Musikzentrum oder auch bei der Musiker- und Sportlerehrung ist wieder deutlich geworden, auch hier leisten die Vereine Hervorragendes.

Die Maßnahmen im **Finanzhaushalt** für 2018/2019 sind ja weitgehend oder werden noch durch den Gemeinderat beschlossen, auch heute zur Werkrealschule und zum Gymnasium, was ja neben der Pädagogik auch Auswirkungen auf eine Neuordnung im unteren Schulzentrum hat, insofern nur wenige Eckpunkte:

Ein Schwerpunkt ist sicher der Ausbau der Eisenbahnstraße als Erschließungsstraße, zunächst für das Musikzentrum, das für Plochingen sicher ein Gewinn ist.

Ob die Eisenbahnstraße dann weiter nach Westen oder auch nach Osten aus- bzw. umgebaut wird, müßten wir nochmal genau abwägen, oder einfacher: fragen, was bring'ts.

Dazu ist immer wieder ein umfangreiches Verkehrsgutachten angesprochen worden, daß wir bisher noch nicht im Haushalt gefunden haben.

Daß man die Verkehrsführung für den überörtlichen Verkehr ändert, wie wir das beantragt haben, ist aus unserer Sicht unabhängig davon.

Wichtig ist uns eine Aufwertung des Bahnhofsquartiers.

Ein Schlüssel dazu ist sicher die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes - und unser Antrag zielt darauf ab, das besonders gut zu machen, indem man die Eisenbahnstraße hier als Einbahnstraße auslegt und dadurch Platz für eine Aufenthaltsqualität schafft.

Der andere Schlüssel ist die Sanierung des ZOB, der ja wahrlich kein Aushängeschild für Plochingen ist.

Dazu gab es ja haushaltstechnisch zwei Baustellen:

1. Die Neugestaltung der Fahr und Warteflächen
2. die Generalsanierung und Modernisierung.

Es freut uns, daß das jetzt beides, auch die Modernisierung im Haushalt finanziert ist, mit Zuschüssen über das Sanierungsprogramm und das Landesverkehrsfinanzierungsgesetz.

Also absolut dringend, wenn man das Bahnhofsquartier aufwerten will,

..... aber auch den ÖPNV, dessen Attraktivität ja bei der Diskussion um Luft-Schadstoffe eine immer größere Rolle spielt.

Wir sind insgesamt froh, daß sich jetzt im Bahnhofsquartier - auch nach verschiedenen langwierigen Grundstückskäufen - im Rahmen des Sanierungsprogramms einiges bewegen kann oder dann bewegt und dann auch für die Bürgerschaft sichtbar und nutzbar wird.

Deshalb machen wir das ja alles im Endeffekt.

Und damit bedanke ich mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und bei allen die direkt oder indirekt zur Finanzierung des Haushalts beitragen, bei der Verwaltung und allen Ehrenamtlichen